



Infoblatt von Sabine Berninger, MdL

Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Ausgabe 23 I Oktober 2011

Impressum: 2SEITEN erscheint vierteljährlich und wird kostenlos versendet/verteilt. Fragen, Reaktionen und Hinweise bitte an: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, 99310 Arnstadt, per Mail: wkb-berninger@t-online.de, oder rufen Sie an: 03628 / 660 624. Die nächste Ausgabe von 2SEITEN erscheint im Januar 2012.

LINKE-Fraktion hinterfragt Einsatz staatlicher Spitzelsoftware in Thüringen

Nachdem am zweiten Oktober-Wochenende der Chaos Computer Club den Quellcode und die Funktionsmöglichkeiten des sogenannten Bundestrojaners, einer staatlichen Spionagesoftware, öffentlich bekanntgemacht hat, wandte sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 10. Oktober mit einer Anfrage an die Landesregierung.

Die Linksfraktion fordert Auskunft darüber, ob die Spionagesoftware in Thüringen durch die Staatsanwaltschaft, Polizei oder das Landesamt für den Verfassungsschutz eingesetzt wurde. Nachdem der Bundesinnenminister ausführte, dass das BKA keine derartigen Trojaner eingesetzt habe, müsse geklärt werden, ob Thüringer Landesbehörden, z.B. das Landeskriminalamt, derartige Software entwickelt haben, darüber verfügen oder sogar einsetzen. „Allein die Tatsache, dass eine durch staatliche Stellen programmierte Software zum Ausspionieren von privaten Rechnern mit

weit über das durch das Bundesverfassungsgericht genehmigte Umfang hinausgehenden Funktionen auf privaten Festplatten auftaucht, ist ein Skandal. Es stellt sich die Frage, wer Urheber der Spionagesoftware ist und welche Behörde sie wie und zu welchem Zweck eingesetzt hat“, erklärt die netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König.

Insbesondere müsse die Landesregierung aufklären, ob der Trojaner in Thüringen eingesetzt wurde und ob die Voraussetzungen, wie ein konkret begründeter Verdacht einer besonders schweren Straftat und eine richterlicher Zustimmung, vorgelegen haben.

Landtagsinfo

■ **Frank Kuschel: Unterstützung für Volksbegehren beeindruckendes Bürgerengagement!** „Die heutige Übergabe von rund 25.000 geprüften Unterstützungsunterschriften im Zuge des Zulassungsantrages für das Volksbegehren Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben an die Landtagspräsidentin ist ein beeindruckender Beleg für starkes Bürgerengagement“, sagt Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Dieser Erfolg der ersten Etappe des Volksbegehrens belegt, dass die Probleme bei der Erhebung von Abwas-

ser- und Straßenausbaubeiträgen auch nach 20 Jahren noch ungelöst sind. Die Landtagsfraktion der LINKEN unterstützt ausdrücklich den Inhalt dieses Volksbegehrens. „Die gesetzliche Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge ist längst überfällig“, unterstreicht der Kommunalexperte. ■ **Manfred Hellmann: Eigenproduktion von Strom in den Kommunen unterstützen!** Angesichts der zurückhaltenden Reaktion der Kommunen hinsichtlich einer stärkeren Eigenproduktion von Strom erwartet Manfred Hellmann, Sprecher für Energiepolitik der Fraktion



Bildquelle: www.ccc.de

„Die nun bekannt gewordene Software offenbart, dass die immer weiter sich fortentwickelnden technischen Möglichkeiten in den Händen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ein nicht kontrollierbares Risiko für Grund- und Bürgerrechte darstellen, wenn selbst Vorgaben des höchsten Gerichtes offenbar missachtet werden“, fügt die Innenpolitikerin der Fraktion, Martina Renner, hinzu. Die Abgeordnete fordert, dringend eine Diskussion „über tatsächliche Kontrollmechanismen zu führen, die wirksam verhindern, dass Deutschland sich zum Überwachungsstaat entwickelt“.

DIE LINKE im Thüringer Landtag, auch vom Gemeinde- und Städtebund „als Interessenvertreter der Städte und Gemeinden eine klarere Position zum Ausbau erneuerbarer Energien in den Kommunen“ . Erneuerbare Energien müssen dezentral in den Regionen ausgebaut werden, so dass es nicht beliebig sein könne, ob Kommunen diese Aufgabe übernehmen oder nicht. Dem Gemeinde- und Städtebund fiel die Aufgabe zu, eine Beratungsstelle einzurichten, um die Kommunen in ihrem Bestreben zur Einfüh-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Proteste der Bürgermeister sind berechtigt!

„Die angekündigten Proteste der **Bürgermeister und der Kommunen sind vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen bei den Kommunalfinanzen berechtigt. Allerdings darf vor Ort nicht der Eindruck erzeugt werden, als würden die Landtagsabgeordneten mit einer einheitlichen Position entscheiden**“, betont der Vorsitzende der Landtagsfraktion **DIE LINKE, Bodo Ramelow**.

Die Bürgermeister hatten am 12.10.2011 in einer Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes entschieden, den 8. November zum Protesttag gegen die geplanten Kürzungen bei den Kommu-

nalfinanzen zu erklären. An diesem Tag sollen kommunale Einrichtungen, wie z.B. Rathäuser, Museen und Schwimmbäder, geschlossen bleiben.

DIE LINKE unterstützt den Massenprotest der Kommunen, verweist aber auch darauf, dass der Protest nicht nur vor Ort stattfinden sollte, sondern auch in die Landeshauptstadt getragen werden müsse.

„Wenn jeder der rund 940 Thüringer Bürgermeister vor der Staatskanzlei oder dem Landtag demonstrieren würde, hätten wir eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre.

Nur so könnte ein wahrnehmbarer Druck

auf die Regierungskoalition von CDU und SPD ausgeübt werden“, hebt der Kommunalpolitiker der LINKEN, Frank Kuschel, hervor.

Ramelow kündigte abschließend an, dass seine Fraktion eigene Vorschläge für den Kommunalen Finanzausgleich 2012 zur Diskussion stellen werde.



DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Sonderurlaub in Thüringer Behörden zum Papstbesuch hinterfragt

Insgesamt 50 Tarifbeschäftigte bzw. Beamtinnen aus Thüringer Ministerien erhielten anlässlich des Papstbesuches am 23. September 2011 Sonderurlaub gewährt, um an der Messe im katholischen Eichsfeld teilnehmen zu können. Dies erfuhr der Thüringer Landtag am 13.10.2011 auf eine Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sabine Berninger.

Die Beschäftigten in den Ministerien waren sogar per Erlass des Thüringer Finanzministeriums eigens auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden, wie der Innenstaatssekretär mitteilte. „Nach Paragraph 18 Absatz 2 der Thüringer Urlaubsverordnung gibt es die Möglichkeit des Sonderurlaubs nicht nur für solche religi-

ösen Ereignisse, sondern bspw. auch für besondere Veranstaltungen etwa der Gewerkschaften. Allerdings ist es nicht bekannt, dass ein Thüringer Ministerium jemals per Erlass auf einen Gewerkschaftstag aufmerksam gemacht hätte“, kritisiert Berninger diese Unterstützung religiöser Glaubensausübung.

Zusätzliche Kosten seien dem Freistaat Thüringen angeblich nicht entstanden, so der Staatssekretär, der allerdings auf

Nachfragen Berningers einräumen musste, dass es natürlich einen kosten-

relevanten Arbeitsausfall gegeben habe. Sabine Berninger sieht ihren Verdacht, der Erlass über den Sonderurlaub sei einzig wegen der sich abzeichnenden doch eher geringen Teilnahme an den Papstveranstaltungen herausgegeben worden und der Freistaat habe damit entgegen des säkularen Staatsmodells Religionsausübung direkt staatlich unterstützt, nicht entkräftet.



<http://papstabschaffen.blogspot.de/>

Landtagsinfo

(Fortsetzung von Seite 1)

rung erneuerbarer Energien zu unterstützen. ■ **Martina Renner: Thüringen Monitor zeigt Gefahren für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit!** „Die Ergebnisse zu rechtsextremen und antidemokratischen Einstellungen in Thüringen sind erschreckend“, kommentiert Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende und Innenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die heute vorgestellte Studie

„Thüringen Monitor 2011“. Demnach hat es eine deutliche Zunahme rechtsextremer Einstellungen gegeben. 17 Prozent der Menschen müsse laut der Studie ein eindeutig rechtsextremes Weltbild attestiert werden. „Die Landesregierung darf nicht mehr nur allein die NPD in den Fokus nehmen, wenn es um Rechtsextremismus geht. Antidemokratische und rassistische Einstellungen sind der Bodensatz, auf dem organisierter Rechtsextremismus und rechte Gewalt erst gedeihen.“

Kluge Worte: „Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit.“ (Egon Erwin Kisch)

Kontakt im Landtag: Sabine Berninger | DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag | Jürgen-Fuchs-Str. 1 | 99096 Erfurt | Tel.: 0361 - 377 2302 | Mail: berninger@die-linke-thl.de | **Im Wahlkreisbüro:** Mitarbeiter: Thomas Schneider | Zimmerstraße 6 | 99310 Arnstadt | Tel.: 03628 - 660 624 | Mail: wkb-berninger@t-online.de | www.sabine-berninger.de

Termine:

21. bis 23. Oktober, Messe Erfurt:
Erfurter Parteitag (2. Tagung des 2. Bundesparteitages DIE LINKE.)

Polit.Tisch im LinXX.Treff:

Achtung: Terminänderung!

Freitag, 28.10., 18 Uhr:

Parteitagsgeplauder

Dienstag, 22.11., 18 Uhr:

Landtagsgeplauder

16./17./18.11. und 14./15./16.12.2011:
Plenarsitzungen Thüringer Landtag

Weitere Termine finden Sie online auf sabine-berninger.de/termine.htm

Und für alle Termine gilt:

